

Freie Meinung gegen Freiheitsstrafe – Bloggen in Vietnam

von Caroline Müller-Runte

Die Autorin studiert Kulturwirtschaft mit Schwerpunkt Südostasien an der Universität Passau.

Trotz wirtschaftlicher und politischer Reformen blieben Lockerungen hinsichtlich der Kontrolle der Medien- und Meinungsfreiheit in Vietnam bisher aus. Insbesondere Kommentare über die Regierungsführung der Kommunistischen Partei können für Einzelpersonen schwerwiegende Folgen haben. So befand sich das Land laut *Reporter ohne Grenzen auf der Rangliste der Pressefreiheit von 2017* lediglich auf Platz 175 von 180. Relativ spät erst jedoch erkannte die Regierung die ›Gefahr‹ in dem Hype um Blogs, welche zu einer neuen Plattform für kritische Meinungsäußerung geworden sind. Um weiterhin die Kontrolle über die öffentliche Meinung zu wahren, sucht die Regierung nun nach Mitteln, BloggerInnen gezielt zum Schweigen zu bringen.

Vietnams Blogosphäre

In kaum einem anderen südostasiatischen Land boomten Internet und Social Media so stark wie in Vietnam. Rund 46 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, greifen mittlerweile regelmäßig auf das Internet zu. Gleichzeitig ist es unter den 15- bis 22-jährigen unvorstellbar, keinen Social Media Account zu besitzen. Seit Mitte der 2000er Jahre gelten Blogs mit über einer Million aktiven Seiten als das populärste Medium, weshalb man heut-

zutage von einer ›Blogosphäre‹ spricht. Während sich die Mehrzahl der Beiträge auf Lifestyle- und Reisetipps beschränkt, stieg in den letzten Jahren auch die Anzahl an regimekritischen Stimmen, die über ungerechte politische, wirtschaftliche und soziale Zustände berichten – Themen, die in den öffentlichen Medien zensiert werden. Das begünstigte auch, dass sich Blogs zu einer Art ›alternativen Nachrichtenquelle‹ für diejenigen entwickelten, die den staatlichen Medien nicht mehr trauen.

Zu Beginn der 2000er Jahre konnten sich BloggerInnen noch relativ frei im Netz äußern, was sich aber bald ändern sollte. Als chinesische Militärboote im Jahr 2007 die Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer umzingelten – einem Territorium, das von beiden Anrainern beansprucht wird – und vietnamesische Fischer erschoss, empörten sich zahlreiche VietnamesInnen im Netz, gefolgt von landesweiten Straßendemonstrationen. 2009 folgte eine ähnliche Protestwelle aufgrund der sozialen und ökologischen Folgen des Bauxit-Abbaus durch chinesische Firmen in Vietnam.

Die Regierung realisierte zunehmend, welches politische Mobilisierungspotenzial in Social Media, vor allem in den populären Blogs, steckt und ging seitdem rabiater gegen Online-Aktivismus vor. Dabei ist die Einschränkung von Meinungs- und Internetfreiheit nur ein Mittel von vielen. Umfassende Überwachung, Verhaftungen und gewalttätige Übergriffe



Anti-China Proteste in Vietnam
© basphoto/
123rf.com



gehören mittlerweile ebenfalls zu den täglichen Risiken von BloggerInnen.

Die Repressalien der Regierung

Um die legale Grundlage für die Verurteilung von den Andersdenkenden zu schaffen, bedient sich die Regierung zahlreicher vage formulierter Gesetze und Dekrete. Am häufigsten kommen Paragrafen aus dem Abschnitt über nationale Sicherheit des Strafgesetzbuchs zur Anwendung, zum Beispiel Paragraf 88 (›Verbreitung von Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam‹) und Paragraf 79 (›Aktivitäten, die den Sturz der Regierung zum Ziel haben‹). Neuere Dekrete verbieten ergänzend, sich online über politische Themen zu äußern. Diese undurchsichtig formulierten Aussagen lassen großen Interpretationsspielraum, was als Verbrechen gilt oder nicht. Als weiterer Grund für Verhaftungen zählt oft auch eine vermeintliche Beziehung zu dem transnationalen Netzwerk *Viet Tân*, das sich für demokratische Reformen in Vietnam einsetzt und von der Regierung als terroristische Organisation eingestuft wird. Hat ein Verurteilungsprozess schließlich begonnen, ist er schon nach wenigen Stunden wieder vorbei. Das Resultat ist stets dasselbe: langjährige Haft- und Bewährungsstrafen. Die Staatsmedien machen diese Urteile neuerdings zur Abschreckung öffentlich. In den Gefängnissen warten dann unmenschliche Lebensbedingungen auf die Inhaftierten: Sie müssen selbst für Essen und Hygieneartikel aufkommen, unzählige Stunden im Arbeitslager verbringen und körperliche Misshandlungen ertragen.

Mittlerweile jedoch fürchten die Online-AktivistInnen gewalttätige Übergriffe durch die Polizei oder verummte Gruppen viel mehr als lange Haftstrafen. Laut *Human Rights Watch* sank in den letzten Jahren zwar die Anzahl an Verurteilungen, doch wurden 2015 und 2016 jeweils mindestens 20 physische Übergriffe auf mehr als 50 Personen gemeldet, die sich zuvor alle kritisch im Netz geäußert hatten. Juristischer Beistand bleibt in solchen Fällen meist

aus, da Unterstützenden ein ähnliches Schicksal wie den Andersdenkenden blühen kann.

Zusätzlich greift die Regierung auch massiv in das Internetgeschehen ein, um Blogging-Aktivitäten und die Verbreitung missliebiger Nachrichten zu erschweren. Laut Recherchen der Stiftung *National Endowment for Democracy* wird das Ministerium für Staatssicherheit als besonders mächtige Instanz im Hintergrund vermutet: Seine Armee von Internetzensoren soll regelmäßig Cyberattacken durch sogenannte *Botnets* oder *Denial-of-Services-Attacks* (DDoS) durchführen, sodass Websites zeitweise nicht aufgerufen werden können. Gänzliche Blockaden betreffen Präsenzen aus dem Ausland wie *Radio Free Asia* oder die *British Broadcasting Corporation* (BBC). 2013 gab die Kommunistische Partei darüber hinaus zu, über 900 ›public opinion shaper‹ zu beschäftigen, um Online-Diskurse gezielt zu beeinflussen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass vier von sechs Zugriffen auf das internationale Web innerhalb des Landes überwacht werden.

Aus dem Leben gegriffen: Der Blogger *Đieu Cậy*

Ein Fall zeigt die Ausmaße der Unterdrückung und Rechtswillkür der Regierung besonders deutlich. Im April 2008 wurde der Blogger und Mitbegründer des *Clubs der Freien Journalisten* Nguyen Van Hai, auch unter dem Pseudonym *Đieu Cậy* (›Sprachrohr der Bauern‹) bekannt, mit Verdacht auf Steuerhinterziehung festgenommen und inhaftiert. Popularität erlangte er vor allem durch seine kritischen Berichte über die China-Politik der Regierung und Landenteignungen von Kleinbauern. Nach Absitzen seiner Strafe wurde ihm staatsfeindliche Propaganda vorgeworfen, sodass er hinter Gittern bleiben musste. 2012 wurde er mit zwei weiteren einflussreichen Mitgliedern des *Clubs der Freien Journalisten*, Ta Phong Tan und Phan Thanh Hai, erneut vor Gericht gebracht und zu weiteren zwölf Jahren Haft mit anschließendem fünfjährigen Hausarrest verurteilt. Seine Familie hatte währenddessen unter Schikanen zu leiden, denn sie wurden von der Polizei als Terroristen beschimpft und von der Nachbarschaft gemieden. Während seiner Gefangenschaft setzte Nguyen Van Hai seine Gesundheit zweimal ernsthaft aufs Spiel, als er in einen mehrwöchigen Hungerstreik trat, um auf die Situation friedlicher AktivistInnen in Vietnam aufmerksam zu machen.

Sein Schicksal verursachte einen internationalen Aufschrei: Sowohl NGOs wie *Amnesty International* als auch hochrangige Politiker wie der damalige US-Präsident Barack Obama riefen zu seiner Freilassung auf. Am 23.10.2014 wurde er aus der Haft entlassen und zum Exil in die USA ausgeflogen. Ob das am Druck durch die globale Öffentlichkeit lag oder

daran, dass die Regierung ihn abschieben wollte, ist nicht klar. Heute hält er sich in Westminster, Kalifornien, auf und erweckte dort den *Club der Freien Journalisten* (clbnhabaotudo.com) zu neuem Leben.

Effektive Unterdrückung - oder?

Es stellt sich die Frage, wie effektiv diese Maßnahmen zur Eindämmung der Kritik im Netz sind. Ohne Zweifel sind die Aussichten auf jahrelange Haftstrafen und die allgegenwärtig brutale Gewalt Grund genug zu schweigen. Wer sich im Netz bewegt, wird die Kosten und Risiken einer kritischen Äußerung abwägen und sich eventuell der Selbstzensur unterwerfen. Bleiben also zukünftig nur harmlose Posts über neueste Modetrends oder das Selfie aus dem Café zurück?

Wahrscheinlich nicht. Noch immer gibt es mutige Verfechtende der Meinungsfreiheit, die ihre Kritik öffentlich machen. Ihr Selbstbewusstsein wächst sogar: Viele gehen mittlerweile so weit, dass sie unter ihrem echten Namen veröffentlichen. Darüber hinaus kommt es den AktivistInnen zugute, dass die Manipulation des Internets von Seiten der Regierung lückenhaft ist. So ist beispielsweise die vietnamesische Firewall nicht mit der ›Great Firewall‹ Chinas zu vergleichen. Zusätzlichen Schutz bieten in manchen Fällen auch sogenannte *Virtual Private Networks* (VPNs), die genutzt werden, um Blockaden zu umgehen. Umfassende Wort- und Suchfilter konnten bisher ebenfalls nicht nachgewiesen werden.

Die Legitimation für ihr restriktives Handeln basiert nach Aussage der Regierung darauf, dass eine stabile, wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewährleistet sein soll. Doch wer den Zusammenhang zwischen Fortschritt und Unterdrückung finden will, sucht vergeblich. Vermutlich steckt die Regierung in einem Konflikt: Der wachsende Internetzugang hat Möglichkeiten für Debatten über bisher zensierte Themen geschaffen – das sorgt für Spannungen zwischen den Absichten, Kritik zu unterbinden und gleichzeitig neue Technologien zu fördern. Es stehen sich also der Wunsch nach Machterhalt und der Drang nach Reform gegenüber. Für letzteres braucht es mehr Transparenz und einen freien Informationsfluss, also auch Internet und Social Media, welche essenziell für die globale Vernetzung sind, um im Zeitalter der Digitalisierung nicht den Anschluss zu verlieren. Vor zwei Jahren sagte Vietnams Premierminister selbst: »Social Media are a necessity and cannot be banned.« Ein weiterer Punkt ist, dass Menschenrechtsverletzungen und Restriktionen Vietnam unattraktiver für Handelsabkommen und Entwicklungskooperationen machen. Diese sind wiederum notwendig, um Zugriff auf neue Märkte zu erhalten und die Abhängigkeit von China zu verringern.



Nguyen Van Hai kämpft weiter für die Meinungsfreiheit
© Nguyen Van Hai

Ausblick

Während Vietnam an den Verhandlungen über die *Transpazifische Partnerschaft* (TPP) teilnahm, ein Handelsabkommen, das die größte Freihandelszone der Welt schaffen könnte, sank zwar die Anzahl an inhaftierten BloggerInnen, doch die gewalttätigen Übergriffe gehen weiter. Im September 2015 bemerkte Nguyen Sinh Hùng, damaliger Vorsitzender der Nationalversammlung Vietnams: »We should not let the [overly vague national security] laws exist, paving the way for virtually anyone to be detained.« Das zeigt, dass in Regierungskreisen teilweise ein Umdenken eingesetzt hat – aber ob sich das in einem veränderten Umgang mit RegimekritikerInnen äußern wird, ist nicht absehbar. Dabei verdient die vietnamesische Bevölkerung endlich durchsetzungsfähige, politische ReformlerInnen, die erkennen, dass ein freier Fluss von Informationen und nicht Restriktionen eine Nation stärken. ■

Literatur

- › Abuza, Z. (2015). Stifling the Public Sphere. Media and Civil Society in Vietnam. National Endowment for Democracy/International Forum for Democratic Studies: <http://www.ned.org/wp-content/uploads/2015/10/Stifling-the-Public-Sphere-Media-Civil-Society-Vietnam-Forum-NED.pdf>. Abgerufen am 29. Juli 2017.
- › Reporter ohne Grenzen (2017). Rangliste der Pressefreiheit 2017.
- › https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Downloads/Ranglisten/Rangliste_2017/Rangliste_der_Pressefreiheit_2017_-_Reporter_ohne_Grenzen.pdf. Abgerufen am 29. Juli 2017.
- › Human Rights Watch. (18. Juni 2017). No country for Human Rights Activists. Assaults on Bloggers and Democracy Campaigners in Vietnam. <https://www.hrw.org/report/2017/06/18/no-country-human-rights-activists/assaults-bloggers-and-democracy-campaigners>. Abgerufen am 29. Juli 2017.